«Verbote sind selten lösungsorientiert»

Wie im öffentlichen Raum die verschiedenen Interessen unter einen Hut gebracht werden können

---

Interview mit Eveline Bohnenblust und Thomas Wallimann-Sasaki¹

«Wann ist genug?» war eine der zentralen Fragen, die Sie, Herr Wallimann, als Ethiker an der SuchtAkademie 2011 in Ascona aufgeworfen haben. Gibt es denn punkto Lärm, Unordnung, Provokation oder Gewalt im öffentlichen Raum eine allgemeine Schmerzgrenze? Und wenn ja, wer legt diese fest?

Thomas Wallimann: Das einzige, was wir mit Sicherheit wissen, ist, dass ganz extremes Verhalten nicht gut ist. Als einen solchen kulturell verankerten Grundkonsens könnte man zum Beispiel die sieben klassischen «Todsünden» nennen. Die Herausforderung beginnt dort, wo man in der Ethik von der Suche nach dem «rechten Mass» spricht: beim Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen und Bedürfnissen, sei es im persönlichen Bereich, bei der Arbeit oder eben auch in der Gestaltung von Öffentlichkeit, z.B. im Quartier. Ich bin überzeugt, dass dies in der heutigen Gesellschaft nur über das direkte Gespräch möglich ist, das alle beteiligten Gruppen involviert.

Natürlich ist eine solche gesprächsorientierte Politik häufig langsam, durch Kompromisse geprägt und ein Konsens muss immer wieder neu ausgehandelt werden. Damit ist sie viel anspruchsvoller und zum Teil auch frustrierender als eine Politik des Verbots. Ich beobachte, dass Leute, die nur Verbote

Zu den Personen

Eveline Bohnenblust ist Betriebsökonomin NPO und Pflegefachfrau Psychiatrie mit Zusatzausbildung im Suchtbereich. Seit 2005 leitet sie die Abteilung Sucht der Gesundheitsdienste Basel-Stadt.

Thomas Walliman-Sasaki leitet seit 1999 das Sozialinstitut der Katholischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbewegung KAB Schweiz in Zürich. Der Theologe hat mit einer Arbeit zum Thema Ethik und Drogenproblematik promoviert.

¹⁾ Das Interview führte Lukas Vögeli, Expertengruppe Weiterbildung Sucht EWS

fordern, in Diskussionen oft alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen und kein Platz für die Anliegen anderer Gruppen bleibt. Hinter der Verbotslogik steht aber meines Erachtens häufig das Grundbedürfnis nach einem idealen Endzustand, nach einer heilen Welt – aus theologischer Sicht also gewissermaßen der Wunsch nach dem Paradies. Wir leben aber bekanntlich nicht im Paradies und können es auch nicht haben oder machen! Reine Verbotslösungen sind darum in den allerwenigsten Fällen wirklich lösungsorientiert.

Hat sich denn die öffentliche Wahrnehmung, wozu der öffentliche Raum da ist, was darin erlaubt ist und wer ihn wofür nutzen darf, in den letzten Jahren verändert?

Eveline Bohnenblust: Das Unterhaltungs- und Freizeitangebot ist viel größer geworden und dadurch wird der öffentliche Raum deutlich stärker genutzt als früher. Die zunehmende «mediterrane» Nutzung durch verschiedene Zielgruppen ist mit unterschiedlichen Bedürfnissen gekoppelt und diesen Bedürfnissen muss man Rechnung tragen. Das Ziel ist dabei, dass man eine möglichst gute Mischung der unterschiedlichen sozialen Anspruchsgruppen erreicht, das heisst, dass sowohl integrierte wie auch sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen, Kinder, Jugendliche und Erwachsene, unterschiedliche Nationen etc. die öffentlichen Plätze gemeinsam nutzen. Einerseits erhöht dies die soziale Kontrolle im öffentlichen Raum und andererseits führt es auch dazu, dass Regeln besser eingehalten werden.

Wallimann: Meine Beobachtung ist, dass sich im Zuge der Individualisierung und Ökonomisierung in den letzten 30 Jahren nicht nur die Nutzungen, sondern auch die Nutzungsansprüche verändert haben und der öffentliche Raum zunehmend als «erweiterete Privatstube» wahrgenommen wird. Ich stelle dazu eine These in den Raum: Viele Nutzerinnen und Nutzer bewegen sich mit einem Selbstverständnis im öffentlichen Raum, wonach ihnen alles zur Verfügung steht, ohne dass sie selbst etwas beitragen müssen. Und dieses Selbstverständnis hat tendenziell zugenommen. In meiner Arbeit mache ich die Erfahrung, dass die Leute häufig zunächst sensibilisiert werden müssen in Bezug auf die Verständigung mit den anderen Nutzern, also fürs Teilen.

Welches ist die Rolle des Staates, wenn es um die negativen Folgen von Suchtmittelkonsum im öffentlichen Raum geht? Was können die Behörden zu einem sicheren und integrativen Stadtleben beitragen? Und wo liegen ihre Grenzen?

Wallimann: Der Staat ist nicht der Problemlöser per se. Solange die Konflikte unter den Beteiligten selbst gelöst werden, steht der Staat höchstens subsidiär, d.h. unterstützend zur Seite. Wenn sich Konflikte aber nicht von selbst lösen, dann genügt es selten, einfach die Beteiligten zum Gespräch einzuladen. In diesen Fällen muss der Staat «aufsuchend» werden und die Parteien aktiv zur Mitarbeit motivieren. Leider haben staatliche Aktivitäten in diesem Bereich immer noch die Tendenz zur Reglementierung und «Verrechtlichung». Eine wichtige Aufgabe des Staates ist es aus meiner Sicht auch, Ansprechpartner zu suchen wie etwa das Gewerbe, Sport- und Quartiervereine und natürlich auch die Kirchen, welche in diesem Bereich viel Erfahrung und Akzeptanz haben. So kann die Verantwortung für die Öffentlichkeit geteilt werden.

Bohnenblust: Der staatliche Auftrag in meinem Bereich ist relativ klar definiert und besteht allgemein formuliert darin, mit geeigneten Massnahmen gegen die Auswirkungen von Suchtmittelkonsum vorzugehen. In Basel-Stadt gibt es viele Angebote im Bereich der Schadensminderung und Beratung. Die aufsuchende Arbeit achtet darauf, dass für den Konsum die Kontakt- und Anlaufstellen genutzt werden. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen der Repression, der Prävention, den Institutionen, der Stadtgärtnerei. Aber auch die bauliche Gestaltung von Plätzen und Parks ist von Bedeutung. Ganz wesentlich ist bei alledem, dass die vom Staat veranlassten Massnahmen bedarfsgerecht, aber auch möglichst flexibel geplant werden können. Die Anliegen verschiedenster Bevölkerungskreise müssen ernst genommen werden, nur so können wir das gegenseitige Verständnis fördern und die Akzeptanz der substanzabhängigen Menschen verbessern. Unsere aufsuchende Arbeit – die so genannten «Mittler im öffentlichen Raum» der Gesundheitsdienste Basel-Stadt – sind meines Erachtens ein gutes Bild für die Rolle der Behörden im öffentlichen Raum: Sie sind regelmässig im Tätigkeitsfeld präsent und sind neben ihrem ordnungspolitischen Auftrag auch als Ansprechpartner für Anwohnerinnen und Anwohner, Firmen, Schulen etc. da.

Wo liegen heute Ihrer Einschätzung nach die grössten Probleme im öffentlichen Raum? Sind es tatsächlich die Alkohol- und anderen Drogenexzesse eines jungen oder sogar sehr jungen Nightlife-Publikums und deren Begleiterscheinungen, wie man es aufgrund der medialen Berichterstattung vermuten könnte?

Bohnenblust: Wenn wir von öffentlichen Räumen sprechen, müssen wir unterscheiden, ob sich diese in städtischen oder in ländlichen Gebieten befinden, denn die Bedürfnisse der Nutzenden sind verschieden und vor allem die Grösse der Gruppen, welche die Räume nutzen. An schönen, warmen Tagen gibt es vor allem in Städten an bestimmten Orten grössere Ansammlungen von Personen, die sich einfach treffen wollen. In Basel-Stadt ist diese Szene vor allem am Rhein zu beobachten. Probleme ergeben sich hier vor allem bezüglich Lärm bis in die Morgenstunden und Littering. Wir stellen dort aber eine Mischung der verschiedensten Anspruchsgruppen fest – es sind also nicht gezielt nur junge Drogen- oder Alkoholkonsumenten, die den öffentlichen Raum mehr nutzen als andere Gruppen. Die soziale Durchmischung ermöglicht es aus meiner Sicht, dass unter den Nutzern eine gewisse «Familiarität» entsteht: Man kennt sich gegenseitig und lernt, mit den Bedürfnissen und Normen der anderen Anwesenden vor Ort umzugehen.

Wallimann: Eines der grössten Probleme liegt für mich eigentlich eher darin, wie wir die Lösungen angehen: unter grossem Zeitdruck. Die Politik, aber auch die Öffentlichkeit hat den Anspruch, dass man jeweils sehr rasch Lösungen und Massnahmen präsentiert, wenn man ein Problem als solches erkannt hat. Dabei brauchen Lösungen, die für alle Betroffenen tragbar sind, eben gerade Zeit. Oft muss die Gesprächsbereitschaft zuerst überhaupt gewonnen werden und es kommt oft vor, dass die Probleme am Anfang von Gesprächen subjektiv sogar noch grösser werden.

Als Leiterin der Suchtabteilung im Gesundheitsdienst von Basel-Stadt sind Sie, Frau Bohnenblust, ja vor allem daran interessiert, wie man einen solch breiten und heterogenen Dialog wie er an der SuchtAkademie geführt wurde,

*für die Praxis nutzbar macht. Welche Erkenntnisse nehmen Sie für die Sucht-
arbeit in Basel-Stadt konkret mit?*

Bohnenblust: Für mich war interessant, die Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven zu diskutieren. So konnten Sichtweisen erweitert werden. Zu hören, wie und mit welchen konkreten Massnahmen und Projekten die verschiedenen Städte den öffentlichen Raum gestalten, steuern, «kontrollieren», war ebenfalls spannend. Wesentlich ist für mich ganz konkret die Stärkung der Erkenntnis, dass bei der Nutzung des öffentlichen Raumes die Durchmischung der verschiedenen Anspruchsgruppen im öffentlichen Raum positive Effekte hat. Dabei ist den Auswirkungen (Lärm, Littering, Gewalt etc.) grosse Beachtung zu schenken. Und klar ist, dass der Dialog zwischen den Anspruchsgruppen aktiv gefördert werden sollte, damit die unterschiedlichen Bedürfnisse thematisiert und Probleme gelöst werden können.

Wallimann: Im Zusammenhang mit der Ausdehnung des öffentlichen Lebens in die Nacht hinein ist für mich die Erkenntnis zentral, dass die aufsuchende Sozialarbeit mit dieser Entwicklung Schritt zu halten versucht, und dabei mehr und mehr auch Aufgaben übernimmt, die bis anhin alleine von der Polizei ausgeübt wurden. Man muss sich aber auch hier die Frage stellen, wann denn auf der Seite der Prävention und der sozialen Arbeit irgendwann einmal «genug» ist. Diese Diskussion steht indes noch ziemlich am Anfang.

Die SuchtAkademie ist Teil des Projekts «soziales Lernen», in dem die Expertengruppe Weiterbildung Sucht EWS gesellschaftliche Lernprozesse im Zusammenhang mit Suchtfragen thematisiert und die Erkenntnisse an die Fachleute weitergibt. Was können denn die verschiedenen Akteure im öffentlichen Raum – Polizei, Verwaltung, Politik, soziale Institutionen oder auch Schulen und Gewerbe – genau voneinander lernen? Und wie können sie dafür sorgen, dass das Gelernte später nicht wieder verlorengeht?

Wallimann: Ein erster Schritt eines kollektiven Lernprozesses ist, dass man die eigene Sichtweise darlegt und benennt, wo es einen «brennt». So werden allmählich die verschiedenen Perspektiven verstehbar und man hat eine Basis, um die eigene Arbeit zu reflektieren. Wichtig für erfolgreiches Lernen scheint mir, dass jeweils alle Akteure in den Prozess involviert sind, die im Quartier und im öffentlichen Raum eine wichtige Funktion haben. Die Lernerfolge in solchen partizipativen Prozessen sind aber zu einem Grossteil nur vorläufig. Fixieren kann man Erkenntnisse am ehesten, indem man sie in Ausbildung oder Weiterbildung, zum Beispiel von Polizistinnen oder Sozialarbeitern, einfliessen lässt, oder auch in Veranstaltungen für politisch Engagierte, Gewerbetreibende oder Kirchenleute. Weniger gut messbar, aber sehr wesentlich ist der Punkt, dass die Leute, welche an Konfliktlösungen arbeiten und sich an Gesprächen beteiligen, in ihrer Rolle und ihrem Selbstverständnis gestärkt werden. Dadurch, dass sich die Ansprechpersonen persönlich kennen, werden ausserdem die Wege verkürzt und in gewisser Weise auch das Lernen stabilisiert.

Bohnenblust: In den Städten gibt es bereits viele spannende Ansätze, wie der öffentliche Raum gestaltet beziehungsweise verwaltet wird. Hier können alle von den verschiedenen Erfahrungen profitieren – und insofern voneinander

lernen. Eine Übersicht, was es alles gibt und wie unterschiedlich die Herausforderungen je nach Agglomeration sind, könnte hier hilfreich sein. Insbesondere wurde mir auch die Wichtigkeit der städtebaulichen Gestaltung bewusst, mit der die Nutzung des öffentlichen Raums beeinflusst wird.

Korrespondenzadresse

Lukas Vögeli, Expertengruppe Weiterbildung Sucht EWS, c/o BFH,
Hallerstrasse 10, 3012 Bern

lukas.voegeli@weiterbildungsucht.ch, www.WeiterbildungSucht.ch